

Die Schweiz im Dornröschenschlaf

Im naiven Glauben an den ewigen Frieden haben die westeuropäischen Länder nach dem Mauerfall ihre sicherheitspolitischen Mittel und Strukturen massiv reduziert.

Auch die Schweiz hat im Zuge dieses unseligen Mainstreams in mehreren «Reformschritten» ihre Armee und den Zivildienst derart geschwächt, dass die in der Bundesverfassung stipulierten Hauptaufträge «Kriegsverhinderung» und «Landesverteidigung» nicht mehr glaubwürdig erfüllt werden können («Es droht Krieg, aber die Schweiz schaut nicht hin», NZZ 22. 1. 22).

Dass die Schweiz derzeit mehr Geld für Krankenkassenprämienverbilligungen ausgibt als für die Landesverteidigung, spricht Bände. Auch die bei jedem Abbauschritt als Kompensation abgegebenen Versprechen, pro Modernisierung und Vollausrüstung sowie Stärkung der Feuerkraft und der Mobilität, wurden nie realisiert.

Zudem wurde die 2013 vom Schweizer Stimmvolk mit über 73 Prozent bekräftigte Wehrpflicht nachträglich durch die Einführung des Quasi-Rechts der Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst in krasser Missachtung des Volkswillens und der Bundesverfassung ausgehebelt.

Durch die massive Modernisierung und Aufrüstung der russischen Streitkräfte, verbunden mit erpresserischen und hegemoniebestrebungen Putins, ist die Kriegsgefahr in Europa akuter denn je. Deshalb sind jetzt Taten gefragt. Politik, VBS und Armeeführung sind aufgefordert, subito aus dem sicherheitspolitischen Dornröschenschlaf aufzuwachen, den immer wieder kolportierten Armeeaufwuchs nun zu starten und die bis dato nicht eingehaltenen Versprechen endlich einzulösen. Denn bekanntlich wird bestraft, wer zu spät kommt.

Willy Gerber, Balgach

«Die Verzweiflung bei den Eltern ist gross»

Die Co-Leiterin des Elternnotrufs in Zürich sagt im Interview mit der NZZ (28. 1. 22): «Viele [Eltern] leiden zusätzlich unter der Überlastung der Beratungsstellen und Institutionen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie.»

Diese Überlastung, die in der ganzen Schweiz spürbar ist, kommt zu einem grossen Teil daher, dass schon vor der Corona-Pandemie die Kapazitäten zur Behandlung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen ungenügend waren.

Ich arbeite seit über 30 Jahren in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, davon 25 Jahre in eigener Praxis. In dieser langen Zeit waren Phasen, in denen Patienten und ihre Eltern rasch einen Behandlungsplatz fanden, selten.

Längere Wartezeiten für stationäre Aufenthalte, aber auch für ambulante

Behandlungen, waren sogar bei schwer beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen, die beispielsweise nicht mehr in die Schule gehen oder arbeiten konnten, die Regel.

Ähnliche Wartezeiten für Behandlungen körperlich erkrankter Minderjähriger hätten längst zu einem Aufruhr geführt. Bei psychischen Erkrankungen denken leider noch viele, auch Personen in Verantwortung, es gehe um «Befindlichkeitsstörungen», unfähige Eltern oder freche und faule Jugendliche, anstatt zur Kenntnis zu nehmen, dass mindestens 10 Prozent der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz psychisch schwer beeinträchtigt sind und weitere 10 bis 20 Prozent zumindest Anrecht auf eine kurze Behandlung hätten.

Die Pandemie hat den Mangel an Behandlungsplätzen weiter verschärft. Aber auch wenn sie hoffentlich bald überwunden sein wird, müssen die Angebote in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie auf allen Ebenen (stationär, Tageskliniken, ambulant) deutlich ausgebaut und die Bedingungen vor allem für ärztliche Fachleute verbessert werden, so dass es wieder attraktiv ist, sich auf dieses Gebiet zu spezialisieren.

Dr. med. Monika Diethelm-Knoepfel,
Fachärztin FMH für Kinder- und
Jugendpsychiatrie und Psychotherapie,
Uzwil

Rettet uns der Staat vor Übergewicht?

Besten Dank für Ihren informativen Artikel «Kann uns der Staat vor Übergewicht retten?» (NZZ 28. 1. 22). Als Präsident von Rebalance, dem grössten Klub ehemals Übergewichtiger in der Schweiz (13 000 Mitglieder), weiss ich aus Erfahrung, dass eine nachhaltige Umstellung auf gesündere Essgewohnheiten durch staatliche Preisinterventionen nicht funktioniert, da die Nachfrage zu wenig auf Preisveränderungen reagiert (= unelastische Nachfrage).

Für Leute, die ihr Gewicht reduzieren wollen (48 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in der Schweiz, Quelle: Bundesamt für Statistik), wäre ein Ampelsystem (Grün zum Frühstück, Gelb zum Zmittag, Blau zum Znacht) viel nützlicher/wirksamer. Dabei werden fettärmere Produkte grundsätzlich besser bewertet (ausser Fischfett) und abends die kohlenhydratärmeren Lebensmittel präferiert.

80 Prozent unserer Mitglieder haben mit dieser Ernährungsumstellung Erfolg, was viel höher ist als die durchschnittlichen Langzeit-Erfolgsraten von Diäten (8 Prozent). Solange es dieses Ampelsystem aber nicht gibt, bleibt Interessierten nichts anderes übrig, als sich über kostenfreie Rezepte-Newsletter wie denjenigen auf rebalancegroup.ch über geeignete Mahlzeiten zu informieren. Ein Ampelsystem wäre viel bequemer, einfacher und somit wirksamer. Das sollten die grossen Retailer auf freiwilliger Basis einführen.

Willy Bischofberger, Küssnacht

Ein Bürgerrat für die Schweiz?

Dem Gastkommentator Beat Hotz-Hart folgend ist die Schweiz mit einem Maximum an politischer Partizipation und Einflussnahme ausgestattet (NZZ 24. 1. 22). Die Einführung eines Bürgerrates wäre denn seiner Meinung nach nicht nur überflüssig, sondern schädlich. Dies würde zu einer weiteren Komplizierung und zu einer Effizienzminde rung führen.

Als Ideal schwebt ihm die Regierung von Singapur vor – «Demokratie wird nicht als Selbstzweck gesehen und zelebriert». Technokratie statt Demokratie? Das «Maximum an politischer Partizipation» zeichnet sich in der Schweiz dadurch aus, dass ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung – vornehmlich die Einkommensschwächeren – weder an Abstimmungen noch an Wahlen regelmässig teilnimmt.

Das können Bürgerräte ausgleichen, jedoch nur dann, wenn sie zufällig aus der Gesamtbevölkerung ausgewählt werden. Diese Bürgerräte geben Menschen eine Stimme, die sonst der Politik fernstehen. Im Bürgerrat muss sich die Top-Managerin mit der Verkäuferin verständigen. Freilich führt das zu einer Komplizierung. Die Top-Managerin muss Probleme zur Kenntnis nehmen, an die sie vorher nicht einmal gedacht hat. Es mindert die Effizienz im Hinblick auf die Interessen, die sie für relevant hält.

Genau das aber zeichnet die Demokratie gegenüber der Technokratie aus. Aristoteles hat schon vor mehr als 2300 Jahren die Ansicht vertreten, dass nur per Los gewählte Bürgerräte wirklich demokratisch sind.

Margit Osterloh, Zürich

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

ANZEIGE

www.spitex.ch
0842 80 40 20

Überall für alle
SPITEX
Schweiz

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 243. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Christian Steiner (cts.), Benno Mattli (bem.).

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (svs.), Julia Monn (jum.), Katrin Büchenbacher (k. b.), Pauline Voss (ine.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgr.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Heili (hhs.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Gafater (gaf.), David Vonplon (dvp.), Gian Andrea Marti (gam.), Andri Rostetter (art.).
Bundehaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Georg Häslér Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.).
Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigler (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sfc.), Claudia Rey (clr.), Raffaella Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (lvm.), Niis Pfändler (nii.), Linda Koponen (lko.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Zeno Geisseler (zge.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Dieter Bachmann (dba.), Alexandra Stühff (alk.), Thomas Fuster (tf.), Christin Sevrin (sev.), Nicole Rützi Ruzicic (nrü.), Christoph Eisinger (ce.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schirg (tsf.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Giorgio V. Müller (gvm.), Hansuelli Schöchli (hus.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Lorenz Honegger (lho.).
Börse: Michael Ferber (feb.), Werner Grundlehner (gru.).
Chefökonom: Peter A. Fischer (pfi.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (stv.), Judith Blage (jbl.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rb.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Urs Bühler (urs.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Sabine von Fischer (svf.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (pbh.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbc.), Stefan Osterhaus (sos.), Ulrich Pickel (pic.), Christof Krapp (krp.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

Reporter: Marcel Gyr (vjr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmair (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.), Melchior Poppe (pop.).

Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Philipp Gollmer (phg.), Ferdinand Knapp (FK.), Marit Langschwager (mls.).

Community: Anja Grünfelder (ang.).

Podcast: David Vogel (dv.), Benedikt Hofer (lho.), Nadine Landert (lna.), Marlen Lehner (oeh.), Sebastian Panholzer (sep.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xco.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (jok.), Philip Küng (phk.), Nikolai Theiltz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Charlotte Eckstein (eck.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sah.), Elke Hoppmann (ehk.) Simon Huwiler (shu.), Manuela Paganini (mpa.), Michel Grautstück (mgr), Forrest Rogers (fr.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jörg Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conrad Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Christoph Fisch (cf.), Claudia Baer (cb.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (ph.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbn.), Iida Ózpal (iob.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (cgu.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (gr.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aeby (nae.), Rabeil Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Joël Hunn (hu.), Dominic Nahr (dna.).

Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).
Korrektorat: Natascha Fischer.

TRIBÜNE

Medienpaket und Wirtschaftsfreiheit

Gastkommentar

von PAUL RICHLI und MARC M. WINISTÖRFER

Das Medienpaket, über das am 13. Februar 2022 abgestimmt wird, war aus Gründen der Komplexität und der aufgeworfenen Rechtsfragen schon für den Bundesrat in seiner Botschaft ein «grosser Brocken». Im Folgenden wird ein Teilaspekt angesprochen, nämlich die Frage, ob es mit der Wirtschaftsfreiheit vereinbar ist, die Gratis-Online-Medien von der direkten Förderung auszuschliessen. Für den Ausschluss der direkten Förderung der Gratis-Online-Medien wurden in der Botschaft des Bundesrats und in den Räten insbesondere die folgenden Argumente angeführt:

(1) Bei der indirekten Presseförderung durch Beiträge für die Verteilung würden auch die Gratiszeitungen nicht eingeschlossen. Der Einschluss der Online-Medien wäre daher eine Abweiche rung von der bisherigen Regelungskonzeption. (2) Mit der Beschränkung werde ein Anreiz gesetzt, Angebote so aufzubereiten, dass das Publikum bereit sei, dafür zu bezahlen. Die Finanzierung von Medien durch das Publikum garantiere eine breite Abstützung, was zur Unabhängigkeit dieser Medien beitrage. (3) Hinter den Gratismedien stecke ein anderes Geschäftsmodell: Es setze auf Reichweite und somit auf Werbefinanzierung. Weil die Förderung auf demokratierelevante Angebote mit Publikumsfinanzierung abziele, könnten sich Gratismedien mit ihren Inhalten anders positionieren und Reichweite sowie Werbeeinnahmen steigern. (4) Bezahl-Online-Medien würden ein qualitativ höher stehendes Niveau aufweisen als Gratis-Online-Medien. Die in Artikel 27 Absatz 1 BV verankerte Wirtschaftsfreiheit gilt ganz allgemein auch für Medienangebote. Dieses Grundrecht verlangt von den Wirtschaftssubjekten nicht, dass sie nur Angebote gegen Bezahlung machen dürfen. Gratisangebote sind heute z. B. im Online-Bereich denn auch ein weitverbreitetes Geschäftsmodell. Sie sind weiter auch aufgrund der Gesetzgebung nicht verboten, es wäre denn, sie widersprächen wettbewerbsrechtlichen Imperativen. Solches ist gegen Gratis-Online-Medien bisher aber nicht geltend gemacht worden.

Die Wirtschaftsfreiheit kann unter bestimmten Voraussetzungen wie andere Grundrechte beschränkt werden. Diese Thematik ist hier aber nicht aufzugreifen, weil die im Bundesgesetz über die Förderung von Online-Medien vorgesehene Förderung der Bezahl-Online-Medien die Wirtschaftsfreiheit der Anbieter von Gratis-Online-Medien nicht unmittelbar beschränkt. Es gibt aus der Wirtschaftsfreiheit sodann auch keinen Rechtsanspruch auf staatliche Förderung.

Wird aber in einem Wirtschaftszweig eine staatliche Förderung eingeführt, so stellt sich sofort die Frage nach der rechtsgleichen Behandlung der direkten Konkurrenten und vor allem nach der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen.

Eine Rechtfertigung für die Ungleichbehandlung bzw. Wettbewerbsverzerrung könnte erwogen werden, wenn prinzipiell medienpolitisch begründete öffentliche Interessen für eine unterschiedliche Behandlung sprächen. Solche Interessen sind indessen kaum in Sicht, wenn man die vorgetragenen Argumente für den Ausschluss veranschlagt.

Insbesondere ist die «breite Abstützung» auf die (Mit-)Finanzierung durch die Leserschaft kein empirisch nachgewiesener Unterschied, ebenso wenig das «andere Geschäftsmodell» mit Abstützung auf «Reichweite und somit auf Werbefinanzierung». Entscheidend ist allein, dass Gratis-Online-Medien einen substanziellen redaktionellen Teil führen, der mit demjenigen von Bezahl-Online-Medien vergleichbar ist. Dass per saldo eine grössere Abhängigkeit der Gratis-Online-Medien von einzelnen grossen Geldgebern und von Inserentinnen und Inserenten bestehen könnte, ist ebenfalls nicht nachgewiesen.

Ist keine medienpolitisch überzeugende Begründung für den Ausschluss von Gratis-Online-Medien in Sicht, so muss deren Ausschluss aus der Förderung verfassungsrechtlich als höchst fragwürdig beurteilt werden.

Paul Richli ist em. Professor für öffentliches Recht an der Universität Luzern; Marc M. Winistörfer ist ständiger Lehr- und Forschungsbeauftragter am Institut für Wirtschaft und Regulierung der Universität Luzern.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Benjamin Triebe (bet.), Niklaus Nuspliger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), René Höltzsch (Ht.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Anja Stehle (asi.), Alexander Kissler (kis.), Hannah Bethke (hb.), Oliver Maksan (oma.), Fatina Keilani (kei.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrts (slz.). **Rom:** Luzi Bernet (lzb.), Andres Wysleng (awy.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Herrmann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinwirth (DSt.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Beirut:** Daniel Böhm (dbm.). **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Seoul:** Matthias Müller (Mue.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Shenzhen:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** David Singer (dai.). **New York:** Christof Leisinger (cr.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (abu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Jonas Projer (jp.).
NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.).
NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ
Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice.

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzzone.ch.
Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 847 Fr. (12 Monate), 77 Fr. (1 Monat).
NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).
NZZ Wochenende Print: 374 Fr. (12 Monate), 34 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 949 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital. Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2022.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2022.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler